



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 24.01.2012

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Christopher Johne
Felix Quittek
Johannes Struzek

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Clemens Beck, Kai Bekos, Stephanie Borck, Alexander Goebel, Peter Held, Christopher Johne, Lisa Karstädt, Marcus Müller, Daniel Münch, Lena Aylin Pooyeh, Felix Quittek, Anika Rehe, Benjamin Rößner, Cindy Salzwedel, Johannes Struzek, Carola Wlodarski-Şimşek, Kerstin Zimmermann
- entschuldigt:** Richard Melzer, Madlen Schwarzenberger, Anna Selle, Julian Volk
- ruhendes Mandat:** Amina Arabi, Rafael De Cia, Jakob Horn, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Jonas Johne, Sven Peter, Konstantin Reißmann, Julius Rohn, Sebastian Walter
- beratende Mitglieder:** Eva-Maria Bartl, Janine Eppert, Marcel Helwig, Mike Niederstraßer, Diana Peuker, Christina Wendt
- Gäste:** Carolin Altmann, Tom Bauermann, Marcel Eilenstein, Matthias Gothe, Carsten Hölbing, Tobias Krone, Manuel Maier, Hauke Rehr, Angelika Schulz, Annie Srowig
- Sitzungsleitung:** Daniel Münch, Felix Quittek, Annie Srowig
- Protokollantin:** Frances Karlen

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:12 Uhr.

TOP 1 **Aufhebung des Vorstandsbeschlusses zur Sitzungsleitung und Verbindung mit Überweisung des 2. Teils des Antrages an den StuRa (Carola Wlodarski-Şimşek / Vorstand)**

Annie Srowig:

Sie erklärt, dass ein Antrag gestellt wurde, dass die Sitzungsleitung zukünftig von Daniel Münch übernommen wird. Dieser Antrag wurde vom Vorstand abgelehnt. Auf Antrag von Carola Wlodarski-Şimşek soll dies nun vom Gremium neu beraten werden.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Feststellung der Nichtzulässigkeit des Antrages**. Laut Geschäftsordnung wird die Entscheidung über die Sitzungsleitung vom Vorstand getroffen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie formuliert eine **Gegenrede**. Sie denkt, dass das Gremium jeden Beschluss des Vorstand aufheben kann.

Christopher Johne:

Er verliest den entsprechenden Paragraphen (§ 8 Abs. 1 GO).

Abstimmung GO-Antrag: 5 / 5 / 2 – abgelehnt

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass sie am Anfang der Legislatur feststellte, dass die Sitzungsleitung, welche bis dahin durch den Vorstand übernommen wurde, sehr schlecht war. Als dann Daniel Münch einmal die Sitzungsleitung übernahm, kam es zu konstruktiven Debatten. Als auch noch Felix Quittek Co-moderierte, wurde die Sitzungsleitung noch besser. Ihr Eindruck wurde durch andere Gremiumsmitglieder bestätigt. Sie ist weiterhin dafür, dass ein Workshop stattfindet, um sich zu Diskussionskultur und Debatten zu informieren und weiterzubilden. Sie stellt

einen **Änderungsantrag**, welcher wie folgt lautet:

- Zurückziehen des 1. Teiles des Antrages (Bestimmung der Sitzungsleitung)
- Ausweitung der Kommunikations- / Mediationsweiterbildung für alle StuRa-Angehörigen

Daniel Münch:

Er fragt nach konkreten Ideen für einen solchen Workshop.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie denkt, dass es unproblematisch sei einen freiberuflichen Berater dafür zu gewinnen.

Johannes Struzek:

Er versteht nicht, wie Carola Wlodarski-Şimşeks Antrag nach ihrer eigenen Änderung aussehen soll.

Felix Quittek:

Er freut sich, dass der erste Teil zurückgezogen wurde. Er findet die Idee, ein Seminar zu besuchen, gut und spricht sich dafür aus. Er kennt jemanden der in diesem Bereich tätig ist.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie will eine persönliche Erklärung abgeben.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass das zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist.

Marcel Helwig:

Er findet das die Kommunikationsdefizite offensichtlich sind. Er denkt, dass Hilfe von außen wichtig ist.

Christopher Johne:

Er fragt, wer durch den Terminus StuRa-Angehörige genau angesprochen ist.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie meint, dass alle StuRa-Angehörigen, die bei Sitzungen sind, dazu zählen.

Abstimmung Änderungsantrag: 10 / 0 / 2 – angenommen

Abstimmung Gesamtantrag: 10 / 0 / 2 – angenommen

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie verliest Ihre persönliche Erklärung. Diese ist dem Protokoll angehängt.

TOP 2 Berichte

Felix Quittek:

Er bedankt sich bei Annie Srowig für die Moderation des ersten TOPs. Er weist daraufhin, dass die Beschlussfähigkeit bisher nicht gegeben ist. Die fehlenden Gremiumsmitglieder sollen angerufen werden.

Diana Peuker:

Sie berichtet von einem Gespräch mit einer Mitarbeiterin der vegetarischen Mensa. Es ging das Gerücht um, dass die MitarbeiterInnen gegen den Beschluss, dass das Pasta Basta zur vegetarischen Mensa umgewandelt werde, vorgehen wollen. Das Gespräch ergab, dass die Akzeptanz unter den MitarbeiterInnen noch fehlt. Aber dennoch gibt es keine Bestrebungen, den Beschluss rückgängig zu machen.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass sich das Umweltreferat mit dem Studentenwerk dazu auseinander gesetzt hat. In der nächsten Sitzung des Mensaausschuss wird das Thema noch einmal besprochen.

Marcel Helwig:

Er berichtet von der KTS, dass bei der letzten Sitzung über die Studiengangsreformen und das Semesterticket gesprochen wurde. Es ergab sich eine Vernetzung mit dem fzs. Auch die Fachreferate sollen sich nun stärker vernetzen. Die Diskussion über die Auseinandersetzung mit dem fzs wurde wieder angekurbelt. Ein großes Thema war auch der Landeswissenschaftsplan. Alle sollen eingeladen sein, sich zu beteiligen. Benjamin Heinrichs und Janine Hofmann wurden als SprecherInnen bestätigt. Am 04.02. ist das nächste Treffen der KTS.

Daniel Münch:

Er schlägt vor, dass es einen Bericht in der nächsten Sitzung gibt, warum man aus dem fzs ausgetreten ist. Er fragt weiter nach, ob momentan überhaupt eine Thüringer Studierendenschaft Mitglied beim fzs ist.

Marcel Helwig:
Er verneint.

Stephanie Borck:
Sie will wissen, ob es eine grundlegende Berichterstattung gegenüber der Studierendenschaft zur Beitragserhöhung geben hat bzw. noch geben wird.

Felix Quittek:
Er erklärt, dass der Vorstand eine solche Erklärung noch verfassen wird.

Daniel Münch:
Er berichtet, dass gestern ReferentInnentreffen war. Es ist schön, dass sich immer mehr Vernetzung von AKs, Referaten und FSR ergibt. Er nennt dazu Beispiele. Außerdem war Fakultätsratssitzung der Philosophie. Der Allgemeine Prüfungsausschuss (APA) soll nun mit drei Studierenden besetzt werden, statt wie bisher mit einem/einer Studierenden. Eine der drei Personen soll stimmberechtigt sein und die anderen beiden sollen dauerhaft Gäste sein. Die Legislatur ist immer auf ein Jahr angelegt. Die Personen müssen aber auf jeden Fall geschult werden, um gute Arbeit leisten zu können.

Peter Held:
Er kommt von der Haushaltsausschusssitzung der Uni. In ganz Thüringen müssen perspektivisch 238 Stellen gestrichen werden. Dafür entfallen ungefähr 100 auf die FSU. Wie genau die Berechnung einer „Stelleneinheit“ aussieht ist derzeit noch unbekannt. Das Personaldefizit der FSU liegt für 2012 bei 1,5 Mio. Euro, 2013 bei 3,3 Mio. Euro und zukünftig für 2014 bei ungefähr 5,2 Mio. Euro. Dies soll kurzzeitig durch den Drittmitteltopf kompensiert werden. Durch die Anpassung der Zuweisung durch das Land werden Tarifsteigerungen von 1,9% bis 2,5% nicht gedeckt. Ebenfalls wurde hervorgehoben, dass reine Professuren seit 2007 um 15 ProfessorInnen gestiegen sind. Weiterhin wurden seit 2007 wurden die Zuweisungen an die Fakultäten kontinuierlich (153%) gesteigert. Ein Großteil hierbei fiel bei Reinvestitionen an. Die Fakultäten haben aber ihre Mittel in diesen Jahren meistens nicht verwendet, deshalb können mittels der Rücklagen Defizit in der Finanzierung etwas abgemildert werden. Teilweise betrug diese Nichtnutzung 20 – 90% (Philosophische Fakultät, Rechtswissenschaftliche Fakultät, etc.). Eine Ausnahme bildete hier die Biologisch-Pharmazeutische Fakultät mit einer Mehrausgabe von 5 – 10%. Weiterhin soll das Verteilungsmodell neu strukturiert werden, was gleichzeitig bedeutet, dass ReWi / WiWi / Theologie / PAF / Philo weniger Mittel bekommen könnten. Als Einspruch gab es hier nur, dass der Haushalt 2011 so spät bekannt war, dass alle extrem sparsam waren und alles nur auf Sparflamme lief. Weiterhin steht der Ausbau des Rechenzentrums an, wofür 19 Mio. Euro in den Landeshaushalt eingestellt wurden. Auch würde der Inselplatz durch das Land bebaut werden, wobei der Baubeginn mit einem privaten Träger passieren soll, welcher später durch das Land Thüringen abgelöst werden würde. Ein eventueller Kauf des Grundstücks durch die Hochschule oder das Land Thüringen steht noch zur Klärung. Der Landesbibliotheksteil der ThULB erhält in 2012 einen Zuschuss von 4,7 Mio. Euro. Der in den Vorjahren fabrizierte Ausbau der ThULB muss zurückgefahren werden, da einige Ausgaben dieses Jahr nicht mehr anfallen werden. Beispielsweise Sonderausgaben wie Verbuchungssysteme, Lehrbuchbestände etc.

Stephanie Borck:
Sie fragt, ob sich diese Rücklagen auf die Sachmittel beziehen.

Peter Held:
Bejaht. Er erklärt weiter, dass die Kürzungen die großen Fakultäten angeblich nicht stört.

Daniel Münch:
Er fragt nach, was es bedeutet, dass die Ausgaben der ThULB 10% über dem Durchschnitt liegen. Er will wissen, welcher Durchschnitt gemeint ist.

Peter Held:
Er meint, dass es um die durchschnittlichen Kosten für Neuanschaffungen geht.

Carola Wlodarski-Şimşek:
Sie will wissen, wo Stellen gestrichen werden sollen.

Peter Held:
Er erklärt, dass Professuren vorrangig nicht neu besetzt werden. Außerdem werden konkrete Streichungen geprüft.

Carola Wlodarski-Şimşek:
Sie meint, dass die Kürzungen sicherlich bedeuten, dass weniger studentische Hilfskräfte eingestellt werden und das in kleinen Fächern Professuren wegfallen.

Daniel Münch:

Er berichtet, dass der Rektor meinte, dass alle Neubesetzungen dreimal geprüft werden. Es wird aber nicht nach Quote sondern nach inhaltlichen Kriterien gekürzt.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist der Ansicht, dass es dann wieder den Mittelbau trifft.

Christopher Johne:

Er berichtet, dass der Kanzler diesbezüglich von Verzögerungstechniken sprach. Es soll aber keine Sparberufungen geben. Er denkt auch, dass der Mittelbau betroffen sein wird. Weiterhin möchte er wissen, ob Peter Held das neue Mittelverteilungsmodell KLUG (Kosten- und leistungsuntersetzte Gesamtfinanzierung der Thüringer Hochschulen) angesprochen hat und die Hochschulleitung nach ihrer Meinung zu den Kappungsgrenzen fragte.

Peter Held:

Er verneint.

Marcel Helwig:

Er erklärt, dass Rektor Dicke das Finanzierungsmodell gepusht hat und hinterher feststellte, dass es finanzielle Verluste für unsere Hochschule bedeutet. Dennoch behauptet er bis heute, dass wir dadurch gewonnen hätten.

Stephanie Borck:

Sie berichtet, dass ein Gespräch mit dem Prorektor für Lehre, Professor Haustein, ergab, dass sich die Universität nicht gegen KLUG ausspricht. Von den Kürzungen sollen nur Orchideenfächer betroffen sein. Sie will anregen, dass der StuRa zum Haushaltsplan eine Stellungnahme verfasst.

Marcel Helwig:

Er glaubt, dass man sich zusammensetzen und die eben aufgeworfenen Probleme besprechen muss. Eine Klausurtagung der studentischen Mitglieder in der akademischen Selbstverwaltung gemeinsam mit dem StuRa wäre wichtig, um Wege zu finden, die Finanzkürzungen einzudämmen. Der Landeswissenschaftsplan kann für viele Fächer gefährlich werden. Es gibt aber auch viele andere Verschiebungen. Die derzeit unternommenen Schritte klingen danach, dass vieles ins Präsidium gebracht werden soll und damit die Entscheidungen nach oben verschoben werden. Es findet auch eine gezielte Desinformation statt. Er möchte davor warnen und bittet um eine Klausurtagung.

Johannes Struzek:

Er fragt ob es KW-Vermerke (künftig wegfallend) im Haushalt gibt.

Peter Held:

Er verneint.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass es keine KW-Vermerke gibt, da es keine Beamtenstellen sind.

Peter Held:

Es gibt noch keine konkreten Pläne für die Umstrukturierung des Verteilungsmodells. Ebenfalls beschäftigte sie die Frage, ob es bei der Umstellung der Hochschulrechnungslegung Probleme gab. Dies verneinte der Kanzler mit der Bemerkung, dass es in jeder großen Firma zu Problemen kommt, jedoch sind es nur kleine Sachen. Genauso gibt es bereits eine zertifizierte Bilanz.

Daniel Münch:

Er erklärt, dass die kleinen Fächer betroffen sind. In Gefahr sind die Fächer, welche wirklich fast niemand studiert. Er spricht sich für eine Vernetzung aus und bietet an die Vernetzung mit den studentischen Mitgliedern der Fakultätsräte zu organisieren.

Cindy Salzwedel:

Sie bittet darum, dass der Vorstand ein Treffen organisieren soll.

Felix Quittek:

Er meint, dass das HoPo-Referat das übernehmen könnte.

Stephanie Borck:

Sie bejaht.

Marcel Helwig:

Er erklärt, dass auch studentische Hilfskräfte aus Sachmittel bezahlt werden. Es kann also nicht sein, dass nur 20% der Mittel ausgeschöpft werden. Auch die Löhne sind dann nicht nachzuvollziehen. Die Systemakkreditierung ist angestrebt und da geht es auch im Sachmittelstützen. Das passt nicht zusammen. Ebenso passen der Wunsch nach Lehrexzellenz und Stellenstreichungen nicht zusammen.

Peter Held:

Er berichtet, dass er mit dem Dekan der FSV darüber gesprochen hat, dass Dissertationen digital zur Plagiatsprüfung abgegeben werden sollen. Er denkt, dass der StuRa eine kontroverse Auffassung hat. Bei kumulativen Dissertationen darf nur ein Gutachter an dem Thema mitarbeiten.

Alexander Goebel:

Er erklärt, was eine kumulative Dissertation ist.

Mike Niederstraßer:

Er weist darauf hin, dass am 26.04. eine Informationsveranstaltung zu Plagiaten stattfinden wird. Dort werden die Rechtsentwicklung und Trends besprochen. Es wird auch um elektronische Plagiatsuchsoftware gehen. Dabei werden Kopien geschaffen, die einen Urheberrechtsverstoß beinhalten.

Peter Held:

Er berichtet, dass das Rechtsamt das nicht so sieht.

Cindy Salzwedel:

Sie erklärt, dass es beim letzten Treffen des Gleichstellungsreferates sehr produktiv zugeht und es gibt viele neue MitarbeiterInnen.

Es gab außerdem vor ein paar Tagen eine Pressemitteilung, in welcher sie den Oberbürgermeister kritisiert. Hintergrund ihrer Kritik war, dass der Studierendenbeirat zu wichtigen Punkten mit studentischem Bezug nicht informiert wird. Es soll versucht werden, das zu ändern. Im Rahmen des Wahlkampfes wird hoffentlich mehr Engagement von Seiten der Regional- und LokalpolitikerInnen zu spüren sein. Der Studierendenbeirat war außerdem beim Ortsteilrat Neulobeda zugast. Es ging um kulturelle Durchmischung, neue Kulturangebot und Verkehrsanbindung. Es wird dazu noch eine weitere Sitzung geben. In der nächsten Sitzung wird es auch um das Semesterticket gehen.

Christopher Johne:

Er berichtet vom Senat. Im Berichtsteil wurde erklärt, dass ein Staatssekretär aus dem TMBWK der Ansicht war, dass das Jenaer Modell der LehrerInnenbildung nicht haltbar sei und Jena dem Erfurter Bachelor- und Mastermodell angeglichen werden soll. Der Rektor will einer Abschaffung des Jenaer Modells jedoch nicht zustimmen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie berichtet, dass das Kulturreferat im Moment die Sofatage plant. Es sucht noch nach Unterstützung.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, was noch organisiert werden muss.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass faktisch alles noch organisiert werden muss. Sie stehen derzeit noch am Anfang der Planung.

Marcel Helwig:

Er berichtet vom Gleichstellungsbeirat. In manchen Fakultäten werden alle Sachen an die Gleichstellungsbeauftragte abgeschoben. Eigenverantwortung wird nicht übernommen. Die studentischen Mitglieder der akademischen Gremien sollen für das Thema sensibilisiert werden. Sein Vorschlag war, dass das Gleichstellungsbüro vom StuRa unterstützt wird. Das Führungspersonal der Universität hat keine Ahnung von Geschlechterdiversität.

Er berichtet weiter, dass das Lehramtsreferat sehr aktiv ist. Es gab einen Brief, dass eine bundesweite Lehramtsvertretung, vergleichbar mit einer BuFaTa, geschaffen werden soll.

Im Hochschulrat ging es um Themen wie Postdoc, Promotion und die Ziel-Leistungs-Vereinbarung.

Cindy Salzwedel:

Sie berichtet, dass am 25.02. das BdWi-Studienheft, das der StuRa mit herausgegeben hat, in Berlin vorgestellt wird. Sie will dorthin, um ein Grußwort zu halten und hoffe auf eine offizielle Delegation.

TOP 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Felix Quittek:

Er stellt fest, dass 15 stimmberechtigte StuRa-Mitglieder anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 **Aufhebung des Vorstandsbeschlusses zur Sitzungsleitung in Verbindung mit Überweisung des 2. Teils des Antrages an den StuRa** (Carola Wlodarski-Şimşek / Vorstand)
- TOP 2 **Berichte**
- TOP 3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- TOP 4 **Benennung neuer Mitglieder für den LBA** (Referat für Lehrämter)
- TOP 5 **1. Lesung: Änderung von Ordnungen bzgl. Urabstimmungen** (Innenreferat)
- TOP 5a **Diskussion und Beschluss: Verhandlungen Semesterticket JeNah** (Mike Niederstraßer)
- TOP 6 **1. Lesung: Streichung von §7 Absatz 3 der Wahlordnung** (Kai Bekos)
- TOP 7 **Diskussion: Kommunikation im StuRa** (FSR Psychologie)
- TOP 8 **Diskussion und Beschluss: Änderung Stundenaufteilung Technikstellen** (Vorstand)
- TOP 9 **Diskussion und Beschluss: Nutzungsordnung StuRa-Technik** (Innenreferat)
- TOP 10 **Diskussion und Beschluss: Honorar Technikbetreuung Februar** (Christoph Pregla)
- TOP 11 **Diskussion und Beschluss: Beantragung von Bussen nach Dresden am 18.02.2012 beim TMSFG** (Christopher Johne)
- TOP 12 **FA-031-2011: Nachbeschluss Medienparty 2011** (Haushaltsverantwortlicher)
- TOP 13 **Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Systemakkreditierung** (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 14 **Sonstiges**

weitere Anträge zur TO:

Stephanie Borck:

Sie stellt den Antrag TOP 11 vor TOP 7 zu ziehen.

Marcus Müller:

Er beantragt, dass TOP 10 vorgezogen und zwischen den TOPs 11 und 7 behandelt wird.

Christopher Johne:

Er stellt einen **Antrag auf Feststellung der Dringlichkeit** für die Delegation von Anika Rehe zur Mitgliederversammlung des Geburtshaus e.V., wobei auch über die Frage der Bezahlung eines/einer BabysitterIn beraten werden muss.

Abstimmung über Dringlichkeit: 14 / 0 / 1 – angenommen, der Antrag wird als TOP 6a unmittelbar vor TOP 7 behandelt.

Peter Held:

Er möchte den Antrag zur Medienparty (TOP 12) zurückziehen.

Daniel Münch:

Er beantragt, dass TOP 6 nach TOP 7 behandelt wird.

Kai Bekos:

Er führt eine Gegenrede, TOP 6 soll an seinem jetzigen Platz bleiben.

Abstimmung: 2 / 7 / 6 – abgelehnt. TOP 6 wird nicht verschoben.

Es gibt keine weiteren Gegenreden, damit sind alle anderen Anträge zur Tagesordnung angenommen.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: 14 / 0 / 1 – angenommen

endgültige Tagesordnung:

- TOP 1 **Aufhebung des Vorstandsbeschlusses zur Sitzungsleitung in Verbindung mit Überweisung des 2. Teils des Antrages an den StuRa** (Carola Wlodarski-Şimşek / Vorstand)
- TOP 2 **Berichte**
- TOP 3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- TOP 4 **Benennung neuer Mitglieder für den LBA** (Referat für Lehrämter)
- TOP 5 **1. Lesung: Änderung von Ordnungen bzgl. Urabstimmungen** (Innenreferat)
- TOP 5a **Diskussion und Beschluss: Verhandlungen Semesterticket JeNah** (Mike Niederstraßer)
- TOP 6 **1. Lesung: Streichung von §7 Absatz 3 der Wahlordnung** (Kai Bekos)
- TOP 11 **Diskussion und Beschluss: Beantragung von Bussen nach Dresden am 18.02.2012 beim TMSFG** (Christopher Johne)
- TOP 10 **Diskussion und Beschluss: Honorar Technikbetreuung Februar** (Christoph Pregla)
- TOP 6a **Diskussion und Beschluss: Delegation zur Mitgliederversammlung Geburtshaus** (Vorstand)
- TOP 7 **Diskussion: Kommunikation im StuRa** (FSR Psychologie)
- TOP 8 **Diskussion und Beschluss: Änderung Stundenaufteilung Technikstellen** (Vorstand)
- TOP 9 **Diskussion und Beschluss: Nutzungsordnung StuRa-Technik** (Innenreferat)
- TOP 13 **Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Systemakkreditierung** (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 14 **Sonstiges**

TOP 4 Benennung neuer Mitglieder für den LBA (Referat für Lehrämter)

Marcel Helwig:

Er erklärt, dass der Studierendenrat die Möglichkeit hat, bis zu sieben Studierende in den LehrerInnenbildungsausschuss zu entsenden. Auf der konstituierenden Sitzung wurden bereits Leute bestimmt, allerdings ergaben sich Änderungen. Deshalb müssen hier noch neue Studierende bestimmt werden. Entsprechende Vorschläge sind in den Sitzungsunterlagen aufgeführt. Diese Leute sind alle im Lehramtsreferat oder Referat für Hochschulpolitik aktiv.

Antrag: Folgende Personen werden in den LBA entsandt:

Claudia Gunkel
Marcel Helwig
Jonas Johné
Johanna von Nathusius
Christian Schmidt
Theresa Truckenbrodt
Christian Wagner

Abstimmung: 14 / 0 / 1 – angenommen

TOP 5 1. Lesung: Änderung von Ordnungen bzgl. Urabstimmungen (Innenreferat)

Daniel Münch:

Er erklärt, dass der Hintergrund für diese Änderung die Onlinewahlen der Hochschule sind. Diese hat die Bestrebung, dass die Studierendenschaft ebenfalls digital abstimmt. Herr Rüttger erklärte gegenüber dem Innenreferat, dass die Hochschule die Briefwahl für die studentischen Gremien letztmalig bezahlen würde, wenn gleichzeitig eine briefliche Urabstimmung stattfände. Diese Urabstimmung ist wichtig, da das Wahlverfahren nur durch Urabstimmung geändert werden kann. Außerdem soll die Definition des Wortes „Vorlesungstag“ enger gefasst werden. Weitere kleine Änderungen ergeben sich bei den FSR-Wahlen, bei denen der Ablauf genau geregelt ist, bei der StuRa-Wahl hingegen nicht. Die entsprechenden Absätze sollen zu den Regelungen für die StuRa-Wahl verschoben und bei den FSR-Wahlen nur darauf verwiesen werden.

Der Studierendenrat muss sich jetzt vorrangig explizit überlegen, ob die Möglichkeit geschaffen werden soll, Urabstimmungen per Brief durchführen zu können.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass sogar wenn wir uns gegen elektronische Wahlen entscheiden sollten, es trotzdem wichtig ist die Urabstimmung durchzuführen. Hierbei handelt es sich um eine basisdemokratische Entscheidung.

Mike Niederstraßer:

Er ist der Ansicht, dass sich der StuRa sogar nach einer positiven Urabstimmung gegen Onlinewahlen aussprechen kann. Dabei ist zu beachten, dass durch diverse Fristen eher eine Urabstimmung im Sommer möglich wäre, damit die 10%-Beteiligungshürde erreicht werden sollte.

Meinungsbild über die Änderung der Ordnung: 10 / 0 / 5

Mike Niederstraßer:

Er fragt nach den Gründen für die Enthaltungen.

Alexander Goebel:

Er erklärt, dass er sich beispielsweise damit nicht beschäftigen konnte, aber prinzipiell hat er nichts dagegen.

TOP 5a Diskussion und Beschluss: Verhandlungen Semesterticket JeNah (Mike Niederstraßer)

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die erste Verhandlungsrunde mit der JeNah zum Semesterticket gestern stattfand. Der Beitrag soll auf 76,80 Euro steigen. Aus seiner Sicht ist das Angebot nicht akzeptabel. Eine Erhebung der JeNah hat ergeben, dass mehr Studierende das Ticket nutzen. Deshalb kam es zu einer Erhöhung, ebenso mit darin enthalten ist die erwartete Preisentwicklungen im Vertragszeitraum. Vor Vertragsabschluss müsste eine Urabstimmung durchgeführt werden, was jedoch nicht mehr fristgerecht bis zum Versand der Rückmeldeaufforderungen für das kommende Wintersemester möglich ist.

Der Studierendenrat soll sich nun Positionieren und Stellung zum Angebot beziehen. Es ist zu kritisieren, dass die JeNah mit den vermeintlichen Nutzern des Tickets und nicht mit der Preisentwicklung rechnet. Studierende würden nicht zwingend das Ticket kaufen, wenn es wegfällt. Es gibt also keinen entgangenen Gewinn. Außerdem ist die Frage, ob wirklich neue Kosten durch die Nutzung durch die Studierenden entstehen. Er denkt nein, da JeNah vorrangig Fixkosten hat. Wenn die Straßenbahn fährt, sind die Kosten bereits entstanden. Wenn einE

StudierendeR mehr mitfährt, dann entstehen keine signifikanten Mehrkosten. Die Frage ist also, was unsere grundsätzliche Position ist und wie unsere nächsten Schritte aussehen sollen. Es soll einen Brief von Studentenwerk und den Jenaer StuRä geben. Es ist wichtig, dass die kommunalen PolitikerInnen einbezogen werden und die Medien mit ins Boot geholt werden. Aus seiner Sicht ist höchstens ein Zuwachs von 6% zu akzeptieren.

Janine Hofmann:

Sie will ergänzen, dass die JeNah davon ausgeht, dass 40% der Studierendenschaften ein Schüler-Monats-Ticket kaufen werden. Damit würden sie keine Einbußen haben.

Johannes Struzek:

Er kann sich nicht vorstellen, dass die Berechnungsgrundlage so stimmt. Er will wissen, wie die Berechnung bisher gehandhabt wurde.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die JeNah bisher davon ausging, dass 30% der Studierenden das Ticket nutzen. Inzwischen sollen es 40% sein.

Janine Hofmann:

Sie berichtet, dass die Erhebung darauf zurück geht, dass die Nutzung durch Schwerbehinderte erhoben werden muss. Dabei wird die Nutzung durch die Studierenden mit erhoben.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass er bei der Rechnung aber trotzdem nur auf 63 Euro kommt.

Mike Niederstraßer:

Er denkt, dass die Berechnung von JeNah auf die 40% der Studierendenschaften bezogen stimmt. Aber ihm geht es darum, dass es ein politischer Preis ist. Es ist ein Ausbildungsverkehrsticket. Es ist in der Preisgleitklausel nicht festgelegt, wie hoch die Nutzungsquote sein darf. Es wurde außerdem ein Preisvergleich zu anderen Hochschulstädten vorgelegt, die Zahlen waren jedoch größtenteils falsch.

Stephanie Borck:

Sie findet Mike Niederstraßers Position gut. Es muss aber sehr viel mehr Öffentlichkeitsarbeit geben. Es sollte versucht werden, dass Ticket zu erhalten. Sie fragt, ob eine Urabstimmung wäre auch bei einer Erhöhung um 4 Euro nötig wäre.

Mike Niederstraßer:

Er verneint, denn die Kopplung an die Preisentwicklung ist schon in der Vergangenheit gebilligt wurden.

Stephanie Borck:

Sie erklärt, dass es wichtig ist viel zu informieren. Man muss den Unterschied zwischen Studierenden, die in der Stadt, und denen, die in der Peripherie wohnen, bedenken.

Mike Niederstraßer:

Er spricht nächste Woche mit FSR-Kom über das Thema.

Daniel Münch:

Er meint, dass eine Urabstimmung zur Wahl am Besten durchgeführt werden könnte. Er fragt, ob es möglich ist die Termine der Rückmeldung aufzuschieben.

Mike Niederstraßer:

Er hält das für unrealistisch.

Janine Hofmann:

Sie erklärt, dass man versucht hat, gegenüber der JeNah klarzumachen, dass eine Urabstimmung nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann. Es gab ein Angebot, das aber eventuell nicht realistisch war. Dieses besagt, dass erst mal um 6% erhöht wird und dann eine Urabstimmung durchgeführt wird. Um aber diese Übergangszeit zu vermeiden sollte mit der Stadt gesprochen werden.

Mike Niederstraßer:

Er bestätigt, dass es dieses Angebot gab. Aber das Angebot war daran gekoppelt, dass im dem Jahr danach, auf 73,90 Euro erhöht wird. Wenn wir das jetzt billigen, dann werden immer neue Forderungen aufgemacht werden. Das sollten wir vermeiden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt nach der Position des Studentenwerks.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass das Studentenwerk unsere Position unterstützt. Sie nehmen das Angebot auch nur mit Urabstimmung an.

Anika Rehe:

Sie interessiert sich für die Konsequenzen, wenn wir uns nicht mit der JeNah einigen oder das Angebot nicht annehmen.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass dann sich eine Kündigung durch die JeNah erfolgen wird. Die Bahn ist davon aber nicht betroffen.

Johannes Struzek:

Er fragt, ob das SchülerInnenmonatsticket für die Tarifzone 30 gilt. Er will außerdem wissen, ob von Seiten der JeNah alle Forderungen erfüllt werden.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass es sich um einen Haustarif handelt, das heißt, dass nur Busse und Bahnen der JeNah inklusive sind. Das SchülerInnenmonatsticket kommt vom VMT, das heißt, dass auch mehr Busse genutzt werden können. Die JeNah hält sich an die vertraglichen Leistungen. Nachtverkehr und anderes sind nur Protokollnotizen und nicht einklagbar.

Christopher Johne:

Er fragt, ob davon auszugehen ist, dass die JeNah den Vertrag einseitig kündigt.

Mike Niederstraßer:

Bejaht.

Stephanie Borck:

Sie denkt, dass das Verhalten der JeNah logisch ist. Man wolle Druck aufbauen.

Felix Quittek:

Er sieht, dass Einigkeit im Gremium herrscht. Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der Antrag **angenommen**.

Mike Niederstraßer:

Er bittet um ein Votum.

Anika Rehe:

Sie rechnet vor, dass sich die Kosten für sechs Monate SchülerInnenmonatsticket auf 226,80 Euro belaufen. Sie gibt zu bedenken, dass manche Studierende auf das Ticket angewiesen sind.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass auch andere Solidarmodelle denkbar wären, sollte es zu einem Wegfall des Tickets kommen. Es gibt auch die Möglichkeit zu Streikmaßnahmen zu greifen. Dies sollte aber erst Thema sein, wenn die Kündigung spruchreif ist.

Abstimmung über die Verhandlungsposition, das Angebot der JeNah abzulehnen: **15 / 0 / 0 – angenommen**

Janine Hofmann:

Sie fragt nach, ob die Verhandlungsgruppe wie gestern bestehen bleiben soll.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie schlägt vor auf der nächsten Sitzung eine Verhandlungsgruppe zu wählen.

TOP 6 1. Lesung: Streichung von §7 Absatz 3 der Wahlordnung (Kai Bekos)

Kai Bekos:

Er erklärt, dass es um die Regelung geht, dass nur eineinhalb mal so viele Kandidierende auf einer Liste antreten dürfen, wie im betreffenden Wahlbereich Plätze im StuRa zu vergeben sind. Er sieht keinen Sinn in der Regelung, weiterhin wurde sie nicht immer angewandt.

Daniel Münch:

Er bestätigt, dass die Regel nicht immer beachtet wurde. Aber menschliche Fehler passieren. Alle sind aufgerufen, darauf zu achten, dass in Zukunft alle Formalia eingehalten werden.

Stephanie Borck:

Sie ist der Ansicht, dass diese Regulierung wichtig ist, denn sonst kann durch große Listen Stimmenfang betrieben werden. Es wäre eine Benachteiligung von kleinen Listen und Einzelwahlvorschlägen.

Mike Niederstraßer:

Er stimmt Stephanie Borck zu. Die Regel wurde eingeführt, um die Diskrepanz von kleinen Listen und Einzelwahlvorschlägen gegenüber großen Listen abzumildern. Es muss nur gewährleistet sein, dass die Menschen frühzeitig wissen, wie groß ihre Liste maximal sein darf.

Stephanie Borck:

Sie bestätigt, dass es Stimmenfänger immer schon gibt. Die Grenze zu streichen würde das noch mehr fördern.

Kai Bekos:

Er meint, dass die Mittel des Kumulierens und Panaschierens bestehen bleiben. Auch Einzelwahlvorschläge werden dann nicht benachteiligt. Er denkt, dass eine Ausdehnung in absoluten Zahlen in Ordnung wäre. Eine Deckelung bei 14 Personen wäre okay.

Felix Quittek:

Er übernimmt den Vorschlag von Kai Bekos als **Änderungsantrag** mit folgendem Text: „**3 statt 1,5, absolute Obergrenze 14**“.

Daniel Münch:

Er erklärt, dass von den „glorreichen“ Einzelvorschlägen, die in der Vergangenheit Sitze erringen konnten, meistens konkrete politische Richtungen vertreten wurden. Er denkt, dass der Erfolg darauf zurückzuführen ist.

Janine Hofmann:

Sie ist der Überzeugung, dass Listen immer besser dran waren, als Einzelwahlvorschläge, auch wenn es Ausnahmen gibt.

Meinungsbild zum Ursprungsantrag: 0 / 11 / 2

Meinungsbild zum Änderungsantrag: 1 / 8 / 4

Kai Bekos:

Er fragt, welcher Kompromiss möglich wäre.

Meinungsbild zur Beibehaltung der bisherigen Regelung: 11 / 1 / 2

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Beantragung von Bussen nach Dresden am 18.02.2012 beim TMSFG (Christopher Johne)

Christopher Johne:

Er erklärt, dass das Sozialministerium einen Posten zur Verfügung stellt, aus dem Projekte für Demokratie gefördert werden. Der StuRa ist antragsberechtigt und soll Gelder beantragen, um Busse nach Dresden zu finanzieren. Darüber soll diskutiert werden, auch wegen einer möglichen Eigenbeteiligung.

Stephanie Borck:

Sie berichtet, dass letztes Jahr durch den StuRa sechs Busse organisiert wurden. Wegen der Haushaltsprobleme will sie nur noch vier Busse haben.

Christopher Johne:

Er weist darauf hin, dass der StuRa höhere Beträge anfordern kann, wenn wir einen Eigenanteil zahlen. Weimar hat 1.000 Euro bei 200 Euro Eigenanteil beantragt. Davon sollen zwei Busse finanziert werden.

Stephanie Borck:

Sie meint, dass unter diesen Umständen fünf Busse beantragt werden sollten.

Christopher Johne:

Er ist für vier Busse, denn das Aktionsnetzwerk hat keine eigene Busse.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass das Aktionsnetzwerk auf uns und andere Organisationen baut. Deshalb sollten es so viele Busse wie möglich sein.

Stephanie Borck:

Sie fordert einen realistischen Antrag, deshalb wären sechs Busse an sich gut. Sie will beschlossen wissen, dass der StuRa im Zweifelsfall die Differenz zahlt.

Christopher Johne:

Er bittet die Haushalssperre zu beachten.

Johannes Struzek:

Er geht nicht davon aus, dass ein Busunternehmen Leute befördert, ohne das es einen Vertrag gibt. Deshalb können wir den Beschluss nicht fassen. Eine Selbstbeteiligung der Leute in Höhe von 5 Euro findet er gerechtfertigt.

Stephanie Borck:

Sie schlägt vor, dass man den Vertrag über KoKont abwickeln kann . Eine Spende der Beteiligten findet sie in Ordnung, aber Geld kann man nur einfordern, wenn wir die Busse selber zahlen.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass ein zwingender Beitrag nicht gut ist und auch er ist für eine Spende. Er denkt, dass die Rechtsaufsicht die Ausgabe als unabweisbar einstuft.

Johannes Struzek:

Er meinte nicht, dass man für das Demonstrieren bezahlen soll. Die Kosten für die Beförderung zu bezahlen, dass sieht er als gerechtfertigt an.

Stephanie Borck:

Sie meint, wir uns einigen sollten, wie viele Busse beantragt werden. Wenn wir weniger als beantragt bekommen, dann bezahlen wir die Differenz aus unserem eigenem Topf. Mit KoKont wird ein Vertrag gemacht, dass wir die Gelder nachzahlen. Dies ist obsolet, wenn die Ausgabe als unabweisbar eingestuft wird.

Johannes Struzek:

Er meint, dass das bedeuten würde, dass KoKont Gelder von uns kriegt und dann liegt der Deckel bei 1.000 Euro. In diesem Fall würde es sich nämlich um ein externes Projekt handeln.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist der Ansicht, dass wir uns an einer Aktion aus eigenem Antrieb heraus beteiligen. Deshalb ist es durchaus ein internes Projekt.

Christopher Johne:

Er ist der Ansicht, dass die Vertragsabwicklung über KoKont schwierig ist. Denn wenn wir die Mittel beantragen, dann können wir diese nicht weiterreichen.

Mike Niederstraßer:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.**

Johannes Struzek:

Er stellt **formale Gegenrede.**

Abstimmung: 6 / 2 / 4 – angenommen

Carola Wlodarski-Şimşek:

Für sie geht es darum, dass wir eine Möglichkeit bieten, dass unsere Studierenden sich an zivilgesellschaftlichen Aktionen gegen Menschenfeindlichkeit beteiligen.

Johannes Struzek:

Er spricht sich dafür aus, dass wir die Finanzierung beschließen.

Daniel Münch:

Er schlägt vor die Anzahl der zu beantragenden Busse durchzugehen.

Meinungsbild:

Für eine Anzahl von 4 Busse stimmen 9 Personen.

Für eine Anzahl von 5 Busse stimmen 8 Personen.

Für eine Anzahl von 6 Busse stimmen 8 Personen.

Johannes Struzek:

Er ist dafür, sechs Busse zu beantragen und im Zweifelszahl auch alle sechs Busse bezahlen. Er stellt einen **Änderungsantrag** mit folgendem Inhalt: „**Der StuRa finanziert sechs Busse nach Dresden und versucht diese über das Land zu finanzieren.**“

Peter Held:

Er möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir immer noch keinen Haushalt haben.

Johannes Struzek:

Er ist überzeugt, dass die Ausgabe unabweisbar ist.

Peter Held:

Er sieht das anders.

Janine Hofmann:

Sie denkt, dass es keinen Grund gibt, warum der Rektor diese Ausgabe als abweisbar einzustufen sollte.

Christopher Johne:

Er beantragt eine getrennte Abstimmung.

Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beantragung von sechs Bussen beim Ministerium: **11 / 0 / 1 – angenommen**

Übernahme der Kosten, wenn der Antrag abgelehnt wird: **7 / 5 / 2 – angenommen**

Gesamtantrag: 9 / 3 / 1 – angenommen

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie stellt einen **GO-Antrag auf 10Minuten Pause**.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der Antrag **angenommen**.

TOP 10 Diskussion und Beschluss: Honorar Technikbetreuung Februar (Christoph Pregla)

Christopher Johne:

Er erklärt, dass es um eine Summe von 500 Euro geht.

Johannes Struzek:

Für ihn ist nicht klar, ob es eine unabweisbare Ausgabe ist. Das Rechtsamt möchte das noch weiter prüfen. Er hält das für unabweisbar.

Marcus Müller:

Er erklärt, dass es sich um ein Angebot von Christoph Pregla handelt, da die Technikstellen noch nicht besetzt sind.

Johannes Struzek:

Für ihn ist klar, dass die Ausgabe unabweisbar ist. Die Technikbetreuung ist die Grundlage dafür, dass der Betrieb am Laufen bleibt. Wir müssen unsere gesetzlichen Aufgaben erfüllen.

Antrag: Der Studierendenrat zahlt Christoph Pregla in Honorar von 500 Euro für die Betreuung der Technik des Studierendenrates bei einer Arbeitszeit von 46 Stunden im Februar 2012.

Abstimmung: 8 / 0 / 4 – angenommen

TOP 6a Diskussion und Beschluss: Delegation zur Mitgliederversammlung Geburtshaus (Vorstand)

Daniel Münch:

Er möchte darauf hinweisen, dass zu der Delegation von Anika Rehe die Kosten für die Kinderbetreuung hinzukommen.

Anika Rehe:

Sie erklärt weiter, dass es um ca. vier Stunden Betreuung und damit um einen Betrag von 45 Euro geht.

Johannes Struzek:

Er weist darauf hin, dass es dazu einen Beschluss gibt und deshalb müssen wir den Babysitter bezahlen, wenn Anika Rehe delegiert werden sollte.

Abstimmung über die Delegation von Anika Rehe zum Geburtshaus für die komplette Legislatur:

10 / 0 / 1 – angenommen

TOP 7 Diskussion: Kommunikation im StuRa (FSR Psychologie)

Annie Srowig:

Sie und Angelika Schulz haben an zwei Haushaltssitzungen teilgenommen und sich hinterher mit dem FSR Psychologie über die Diskussionskultur im StuRa unterhalten. Sie haben eine Stellungnahme verfasst. Es ging ihnen darum, die Symptomatik herauszustellen und zu zeigen, wie hier kommuniziert wird.

Felix Quittek:

Er berichtet, dass es schon am 15.11.2011 ein Gespräch darüber gab. Er fand dieses sehr konstruktiv und hat die wesentlichen Erkenntnisse hier nochmal verschriftlicht mitgebracht.

Johannes Struzek:

Er spricht sich gegen das vom FSR Psychologie geforderte Alkoholverbot aus.

Annie Srowig:

Sie meint, dass man bedenken sollte, welchen Eindruck Alkoholkonsum auf Sitzungen auf Studierenden macht.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie findet sehr unangemessen, was der FSR hier macht. Die Leute können selbstverantwortlich handeln. Es würde auch dem FSR nicht gefallen, wenn der StuRa zu Ihnen käme und ihnen vorschreibt, wie sie sich verhalten sollen. Man kann auch niemanden zwingen, sich an Diskussionen zu beteiligen.

Annie Srowig:

Sie erklärt, dass es hier Leute gibt, die sich ablenken. Engagement bedeute jedoch mehr als nur Händchen heben. Sie kann nicht verstehen, dass Gremiumsmitglieder mit der Situation zufrieden sind.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie ist der Ansicht, dass es wesentlich schlimmer geht. Sie glaubt auch nicht, dass alle Mitglieder immer etwas sagen müssen. Wie sie ihre Vertretung wahrnehmen, müssen die StuRa-Angehörigen selbst entscheiden.

Angelika Schulz:

Sie erklärt, dass sie nicht hier sind, um Vorschriften zu machen. Es geht darum, dass durch die Sitzungskultur ein schlechter Eindruck entsteht. Sie wollen Denkanstöße liefern.

Felix Quittek:

Er berichtet, dass ihm öfters gesagt wurde, dass die Kommunikation im Gremium schlecht ist. Er findet den Anstoß zu geben, war nicht falsch. Er denkt auch, dass viel nicht dazu zugehört. Viele Konflikte könnten auch von Mensch zu Mensch geregelt werden. Die GO ausnutzen, um interpersonelle Konflikte zu lösen, findet er nicht gut.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie findet es völlig normal, dass man einen Antrag auf eine veränderte Sitzungsleitung stellt. Da geht es nicht um den Menschen, sondern um die Art eine Funktion auszufüllen.

Daniel Münch:

Er möchte sich für die Mitteilung der Außenwahrnehmung bedanken. Er kann verstehen, dass sich StuRa-Mitglieder ablenken, aber ebenso, dass das einen negativen Eindruck macht. Es gibt konkrete Maßnahmen, die hier vorgestellt werden. Darüber können wir reden. Es soll ein gesunder Mittelweg gefunden werden.

Stephanie Borck:

Sie möchte wissen, wie lange die Sitzungen der FSR Psychologie dauern und wie häufig sie stattfinden.

Carolin Altmann:

Sie erklärt, dass die Sitzungen drei bis acht Stunden dauern, je nachdem wie voll die Tagesordnung ist.

Stephanie Borck:

Sie meint, dass alle StuRa-Mitglieder nebenbei studieren. Deshalb muss man manchmal was nebenbei machen. Man kennt die Argumente der anderen. Die Passivität einiger Mitglieder sieht sie auch. Man kann aber nur immer wieder reden, zwingen hingegen kann man niemanden.

Johannes Struzek:

Er möchte darauf hinweisen, dass man sich zu einigen Punkten die Meinung schon gebildet hat. Warum soll man dann noch der Diskussion aktiv folgen. Darin sieht er überhaupt kein Problem. Regeln für die Kommunikation im Gremium sind in der GO klar geregelt. Damit soll man nicht gewinnen, aber es geht darum, dass man sich an seine eigenen Regeln hält.

Anika Rehe:

Sie findet gut, dass sich Externe für den StuRa interessieren. Wenn aber nur drei Leute bei den Sitzungen waren, dann ist es schlecht, den offenen Brief als FSR-Meinung darzustellen. Die Sitzungsleitung ist besser geworden und die Haushaltsdebatte als Beispiel zu nehmen ist schlecht.

Clemens Beck:

Er will sich Daniel Münch anschließen, denn auch er findet es schön, dass Leute von außen ihre Meinung mitteilen. Er hat das Gefühl, dass den Antragsstellern Ablehnung entgegen schlägt. Er denkt nicht, dass die die Situation gut ist. Er findet die Sitzungsatmosphäre nicht schön. Außerdem denkt er, dass auch der StuRa versucht die FSR zu beeinflussen.

Diana Peuker:

Sie findet das Feedback der drei FSRLerinnen gut, aber die Herangehensweise sollte überdacht werden. Es machte für sie den Eindruck, dass der Tonfall des Schreibens „von oben herab“ war. Das im StuRa ein Respektproblem herrscht, das sieht sie genauso. Es wurde, schon konstruktiv über das Problem gesprochen und da alle über 18 Jahre alt sind, kann man die Leute auch selbst entscheiden lassen.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit** auf 2 Minuten.

Mike Niederstraßer:

Er formuliert eine **Gegenrede**. Er denkt, dass es nicht an der Zeit liegen sollte, ob und wie mensch sich ausdrücken kann. Eine Redezeitbegrenzung wird dazu führen, dass sich Menschen ohne Redeerfahrung gehemmt fühlen. Bei inhaltlichen Wiederholungen sollte die Sitzungsleitung einschreiten.

Johannes Struzek:

Er ist der Überzeugung das alle Anwesenden in Lage sind ihre Redebeiträge in zwei Minuten abzufassen. Es würde der Redekultur zuträglich sein.

Abstimmung GO-Antrag: 3 / 8 / 2 – abgelehnt

Tobias Krone:

Er redet hier als Außenseiter, denn er ist kein Gremiumsmitglied. Es wundert ihn, dass niemand thematisiert, dass viele gewählte Mitglieder nicht da sind. Das könnte daran liegen, dass die angesprochenen Verhaltensnormen hier vorherrschen.

Frances Karlen:

Sie ist der Ansicht, dass die angebrachten Verbesserungsvorschläge unrealistisch sind. Ob eine Person pluralistische Meinungen zulässt oder respektvoll mit anderen umgeht, kann man nicht verordnen. Entweder sind Personen so erzogen oder nicht.

Carolin Altmann:

Sie ist nicht in ihrer Funktion als FSR-Mitglied hier, sondern als Studierende. Es war nicht ihre Absicht einen arroganten Eindruck zu machen. Sie hat einen konkreten Vorschlag: Es soll eine Person beauftragt werden, die an schwierigen Stellen eingreift. Ihr ist klar, dass es schwierig wird, so was zu implementieren.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass das nicht schwierig ist. Dafür bedarf es nur einer einfachen Änderung der GO, die eine Unterstützung für die Sitzungsleitung vorsieht. Die Frage ist, ob das sinnvoll ist.

Carolin Altmann:

Sie erklärt, dass sie einen solchen Posten bereits im FSR eingeführt haben und es bei ihnen gut funktioniert.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie findet es befremdlich, dass hier autoritäre Strategien zur Herstellung von Disziplin genutzt werden sollen. Das sich StudentInnen nicht ausreichend in der studentischen Selbstverwaltung engagieren, war im übrigen schon immer ein Problem. Solche Maßnahmen werden das Problem nicht verbessern oder beheben.

Felix Quittek:

Er ist der Ansicht, dass Diskussionen nicht ohne Beziehungsebene stattfinden können. Nur auf der Sachebene zu diskutieren, ist eine Illusion. Bei einer guten Stimmung zwischen den Gremiumsmitgliedern wäre auch die Sitzungskultur besser. Eine konstruktive Sachebene setzt eine geklärte Beziehungsebene voraus. Er fände es gut, wenn wir die Kommunikation hier beleuchten und uns damit auseinandersetzen. Er schlägt vor, auf anonymen Zetteln die einzelnen Standpunkte, Wünsche und Kritikpunkte der Gremiumsmitglieder aufzuschreiben und dann hinterher auszuwerten.

Anika Rehe:

Sie findet diesen Vorschlag lächerlich.

Felix Quittek:

Er fragt nach, warum Anika Rehe den Vorschlag ablehnt.

Anika Rehe:

Sie erklärt, dass eine solche Befragung mit anschließender Auswertung nichts an den Standpunkt und Verhaltensweisen der Leute ändert.

Daniel Münch:

Er schlägt vor, dass Erwartungen korrigiert werden.

Felix Quittek:

Er ist der Ansicht, dass, wenn so viel Reden als sinnlos erachtet wird, wir auch ein Abstimmungsgremium werden können.

Stephanie Borck:

Sie meint, dass das Reden und diskutieren durchaus gewollt ist. Nur Felix Quitteks Vorschlag mit den Zetteln wird hier gerade abgelehnt. Sie findet es schade, dass immer die Vertreter zweier bestimmter Listen nicht da sind und an diese Leute kommen wir auch nicht heran. Am Anfang war der Umgang untereinander besser, dahin müssen wir zurückfinden.

Clemens Beck:

Er denkt, dass man Gruppendruck dazu nutzen kann, um die Leute zu sachlicheren Debatten zu erziehen. Mehr Respekt.

Angelika Schulz:

Fragt bei Diana Peuker nach, wie sie es verstehen soll, dass ihr Feedback einerseits gewollt ist und aber ihre Methode auf Ablehnung stößt.

Diana Peuker:

Sie erklärt den Redebeitrag erneut. Sie weist darauf hin, dass die Art und Weise, wie dieses Feedback vermittelt wurde, ungünstig war und einen arroganten Eindruck vermittelte.

Angelika Schulz:

Sie denkt, dass die Ursachen für das Nichterscheinen sehr unterschiedlich sein können. Respekt ist ein wichtiger Bestandteil im Umgang miteinander und wenn dieser fehlt, dann kann das Leute abhalten zu kommen. Sie findet es gut, dass hier ein Prozess angestoßen wurde.

Daniel Münch:

Er schlägt ein Rotationsprinzip für die vorgeschlagene Stelle zur Unterstützung der Sitzungsleitung vor. Ihm fallen aber an diesem Punkt die Unterschiede zwischen den Gremiumsmitgliedern besonders deutlich auf. So spricht sich einer dafür aus, einem anderen ist es wichtig, dazu die GO zu ändern, eine weitere Person sieht darin eine autoritäre Struktur und wieder andere meinen, man kann es ausprobieren.

Anika Rehe:

Sie ist neues Gremiumsmitglied und sie kann den ersten Eindruck, der den FSRlerinnen vermittelt wurde, verstehen. Der StuRa hat eine andere Arbeitsweise. Sie hat es nie abgeschreckt, dass die Sitzungskultur so schlecht ist. Der Vorstand soll überlegen, ob eine weitere Klausurtagung stattfinden kann.

Johannes Struzek:

Er findet Halbzeitklausurtagung generell sinnlos. Es soll einen sozialen Hintergrund haben. Carola Wlodarski-Şimşek hat angesprochen, dass hier autoritäre Strukturen geschaffen werden. Er ist der Auffassung, dass diese durch die GO schon da sind. Er möchte darauf eingehen, auf welcher Ebene wir hier sprechen. Man kann natürlich auf der Sachebene bleiben und dann hinterher dennoch freundschaftlich miteinander umgehen. Die GO freier auszulegen, ist nicht sinnvoll, denn sie ist unsere eigene Ordnung. Politische Diskussionen sind hier das wichtigste, sonst wird das hier eine Farce. Es geht darum, die Meinung der Studierenden zu vertreten.

Annie Srowig:

Sie möchte nochmal auf die Dinge eingehen, die hier aufgeführt werden. Sie haben einen Ist-Zustand definiert. Sie merkt, dass sich hier viele an einzelnen Punkten festbeißen. Die, die immer da sind, reden jetzt mit. Die anderen schweigen oder bleiben ganz weg. Die Frage ist doch, warum sie nicht da sind. Fehlt das Vertrauen oder ist zu viel politischer Gruppendruck da? Man sollte Leute, die nicht da sind, mal ansprechen. Hier denken die Leute in politischen Gruppen. Es sollte zu einer besseren Durchmischung kommen.

Marcus Müller:

Er meint, der StuRa habe selbst schon festgestellt, dass es Probleme gibt. Die Frage, die er stellen möchte, ist, was man als Einbringen definiert. Er denkt, dass alle alt genug sind, um eine eigene Meinung zu haben. Er stimmt nach seinem Gewissen ab.

Frances Karlen:

Sie meint, dass eine Diskussion über das Fernbleiben von Gremiumsmitglieder sinnlos ist. Sie ist seit mehreren Jahren im StuRa und in jedem Jahr wird das Problem wieder besprochen. Manche Personen lassen sich eben nur für den Lebenslauf wählen. Am politischen Gruppendruck kann es ihrer Meinung nach nicht liegen. Auch in Gremien, in denen FDP- und LINKE.-nahe Personen nach Sitzungen freundschaftlich ein Bier trinken waren, bestand das Problem.

Felix Quittek:

Er denkt, dass man an der jetzigen Diskussion erkennt, dass Menschen Dinge völlig falsch oder wenigstens unterschiedlich auffassen. Wir verwenden verschiedene Codierungen und deshalb kommen wir nicht zum Punkt.

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**.

Es gibt keine Gegenrede, daher ist der Antrag **angenommen**.

Diana Peuker:

Sie findet es erstrebenswert, dass die Beziehungsebene geklärt wird und so eine Balance entsteht. Aber hier im Gremium überwiegt die Beziehungsebene, und zwar vor allem in negativer Hinsicht. Die Beziehungsebene ist zu weit in den Vordergrund geraten und das findet sie sehr schlecht. Eine bessere Balance ist dringend notwendig. Sie möchte aber darauf hinweisen, dass heute Abend noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, deshalb bittet sie zum Schluss zu kommen.

Stephanie Borck:

Sie hat das Gefühl, dass der Gruppen- und Fraktionszwang nicht mehr so schlimm ist wie letztes Jahr. Gerade in den Haushaltsdebatten wurde deutlich, dass Meinungszwang nicht existiert. Man kann Hochschulgruppen aber nicht dazu bringen, dass sie nicht auf Fraktionsdisziplin bestehen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie denkt, dass wir uns vor Augen führen sollten, dass hier nicht großartige inhaltliche Diskussionen geführt werden. Das passiert nämlich in den Referaten. Fachgremien erstellen Vorlagen und das Gremium stimmt das ab. Sie muss keine soziale Ebene mit den Menschen haben, sondern mit ihnen arbeiten. Unsere Regeln sind klar. Wir sind nicht hier um unsere Befindlichkeiten auszuleben, sondern um Studierende zu vertreten.

Lisa Karstädt:

Sie fand das Gespräch am Anfang erquickend. Jetzt aber drehen wir uns im Kreis. Sie möchte anregen, dass solche Gespräche häufiger stattfinden.

Annie Srowig:

Sie findet gut, dass dieses Problem häufiger besprochen wird. Neue Themen müssen vom StuRa in die Referate gegeben werden. Sie ist der Meinung, dass man selbst Respekt aufbringen muss, wenn man ihn für sich selbst erwartet.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie stellt den **GO-Antrag, TOP 13 vorzuziehen** und jetzt zu behandeln.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der Antrag **angenommen**.

TOP 13 Diskussion und Beschluss: Einrichtung AK Systemakkreditierung

(Carola Wlodarski-Şimşek)

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass die Universität in absehbarer Zeit systemakkreditiert werden soll. Es soll ein institutionalisierter Ort zur Befassung damit geschaffen werden. Die Kommunikation soll dort gebündelt werden. Wenn sich niemand zur Koordination findet, dann würde sie das übernehmen.

Johannes Struzek:

Er meint, dass das Referat für Hochschulpolitik dafür zuständig ist.

Stephanie Borck:

Sie war beim letzten Treffen. Sie will dennoch einen AK, denn das HoPo-Referat hat viele Aufgaben. Die Aufteilung findet sie gut. Der AK kann dem HoPo-Referat angegliedert werden.

Christopher Johne:

Auch er ist der Meinung, dass es sich hierbei um eine HoPo-Aufgabe handelt. Das Referat soll Prioritäten setzen. Den AK hält er für unnötig.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie meint, dass man den Referaten keine Vorschriften über ihre Themenwahl machen kann. Außerdem können Projektarbeiten immer in AKs ausgelagert werden.

Peter Held:

Er stellt einen **GO-Antrag auf sofortige Abstimmung**.

Daniel Münch:

Er formuliert eine **formale Gegenrede**.

Abstimmung GO-Antrag: 2 / 5 / 0 – abgelehnt

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie stellt einen **GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit**.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit**.

Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben, damit wird die Sitzung beendet.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Änderung Stundenaufteilung Technikstellen (Vorstand)

nicht behandelt wegen Beschlussunfähigkeit

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Nutzungsordnung StuRa-Technik (Innenreferat)

nicht behandelt wegen Beschlussunfähigkeit

TOP 14 Sonstiges

nicht behandelt wegen Beschlussunfähigkeit

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 23:56 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung



seit 1558

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07737 Jena

Friedrich-Schiller-Universität Jena

STURa

Erklärung

Titel der Erklärung:	
Tagesordnungspunkt oder Abstimmung über:	Persönliche Erklärung: <input checked="" type="checkbox"/>
Sitzung: 24.01.2012	Erklärung zur Abstimmung: <input type="checkbox"/>
erklärende Person: Catala Wladost-Simsek	
Funktion: Gremiumsmitglied	

Ich finde es erstaunlich und sehr befremdend, wie die Kommunikation hier im Gremium läuft. Offensichtlich ist eine solche Situation dringender notwendig für einige Leute hier im Raum. Es ist sehr schade, daß solche eine Stimmung auf Gremiumssitzungen vorherrscht!